

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

### Kapitalistische Drückeberger.

I.  
Bekanntlich hört in Geld- und Steuerfragen die Gemütskraft auf, und wenn es ans Bezahlen geht, sucht sich jeder zu drücken, so gut es eben möglich ist. Selbst in der schweren Zeit eines Weltkrieges, in dem das Sein oder Nichtsein Deutschlands auf dem Spiele steht, reizt bei vielen Deutschen die Vaterlandsliebe, die sie im Munde führen, nicht bis zum Geldbeutel. Dies zeigt sich wieder einmal recht deutlich bei der Behandlung der Frage, wer für die durch den Krieg entstandenen Kosten aufkommen und wer auch in der Zukunft alle die Ausgaben decken soll, die der Krieg mit sich gebracht hat. Während jeder christlich denkende Deutsche die Ansparung vertritt, daß die Lasten auf die tragfähigsten Schultern gelegt und daß die schwachen Schultern verschont werden müssen, sehen wir hier, daß sich die Angehörigen der bestehenden Klassen, in deren Interesse der Krieg doch in erster Linie geführt wird, nach Möglichkeit zu drücken suchen. Von einer Steuerfreudigkeit merkt man nichts, eher könnte man von einer Steuerfurcht reden, und auch diesmal wieder möchte man die beliebte Arbeitsteilung vornehmen, daß die Minderheit eines Volkes die Steuern bewilligt und daß die Mehrheit sie bezahlt. Schon hat bei uns das arge Spiel begonnen, daß jede Erwerbsgruppe der andern die Zahlungspflicht zuschiebt, wie beim Schwanen-Peter-Spiel, bis dann zuletzt das Proletariat die Zeche bezahlen muß.

Man und für sich, rein wirtschaftlich betrachtet, befindet sich Deutschland beim Ausfragen der Kriegsteuer in einer verhältnismäßig günstigen Lage. Die andern kriegführenden Völker haben einen großen Teil ihrer militärischen und zivilen Bedürfnisse im Auslande gedeckt und insoweit dort bedeutende Schulden gemacht, weshalb sie gezwungen sind, nach dem Kriege noch auf Jahrzehnte hinaus viel von ihrer Steuerkraft über die Landesgrenzen hinaus zu schicken. Demgegenüber können wir mit Bequemlichkeit feststellen, daß wir Deutschen wegen der Wertspeicherungspolitik unserer Gegner auf unser eigenes Land angewiesen waren und ausländische Waren nur in geringem Maße einführen konnten. Auf diese Weise sind wir die Schuldner unserer eigenen Volksgenossen geworden, und unser Geld ist meistens im Lande geblieben. Die zahlreicheren Milliarden, die wir für den Krieg aufgewendet haben, finden sich zwar als Schuldposten in den Bilanzen unserer Staaten und Städte, aber gleichzeitig stehen sie auch als Vermögensposten in den Geschäftsbüchern deutscher Kapitalisten oder Gesellschaften. Was auf der einen Seite als eine riesige Schuldlast des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, die immer noch wächst, das bedeutet auf der andern Seite eine ungeheure, noch stetig zunehmende Kapitalansammlung in den Händen der Bestehenden. Die vom deutschen Volke in seiner Gesamtheit aufzubringenden Steuern werden also in wesentlichen dazu verwendet werden müssen, den Vermögenszuwachs deutscher Kapitalisten zu verginzen. Es hat sich also ein Schuldverhältnis herausgebildet zwischen dem deutschen Volke als Gesamtheit und dem deutschen Kapital in den Händen einzelner. Dies Verhältnis wird dadurch verschleiert, daß die Befehden die Lieferungen der Agrarier und der Industrielassen sowie die Vermitteltätigkeit der Händler nicht mit verzinlichen Schuldverhältnissen bezeichnen, sondern mit dem Gesetze, das sie durch Anleihen ausgenommen haben. Sie sind somit nicht mehr die Schuldner jener Kapitalisten, mit denen sie direkt Geschäfte machen, sondern jener namenlosen Geldleute, die die Anleihen eingekauft haben. Vielfach sind es allerdings noch dieselben Leute, die mit der einen Hand die Kriegsgewinne einstreichen und mit der andern Hand die Kriegsanleihen zeichnen. Sie machen eben ein doppeltes Geschäft, indem sie hohe Preise erzielen für ihre Waren und hohe Zinsen bekommen für ihr geliehenes Geld.

Nach der Statistik über die Kriegsanleihen haben auch zahlreiche „kleine Leute“ Anteile gezeichnet; doch machen diese niedrigen Summen nur wenig auf das Ergebnis aus;

in der Hauptsache setzen sich die Zeichner aus den Reihen der mittleren und großen Kapitalisten zusammen. Daraus ergibt sich, daß das Kapital den Löwenanteil an den Zinsen davonträgt und daß es sich, wenn die Entwicklung so weiter geht, allmählich zu Riesensummen aufhäuft. So entwickelt sich denn bei uns in Deutschland eine Geldherrschaft, die auf allen Gebieten ihren überragenden Einfluß ausübt, und auf der andern Seite macht sich eine Massenarmut breit, die das Volk in den Sumpf des Elends herabdrückt. Für jeden Einsichtigen ist es klar, daß der Weltkrieg die bei uns schon vorher zu bemerkende Tendenz zur kapitalistischen Geldherrschaft ganz gewaltig gefördert und beschleunigt hat. Damit wird auch die Gefahr größer, daß sich die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr erweitert, wodurch das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes gebracht werden muß. Eine übermächtige plutokratische in einem dem Kapitalismus verfallenen Staate bildet bekanntlich das größte Hindernis einer gesunden Entwicklung. Darum ist es die dringende Aufgabe aller, die es mit dem deutschen Volke gutmeinen, daß sie nach Mitteln und Wegen suchen, um die plutokratische Unterjochung Deutschlands zu verhindern und die Massen vor Verarmung und Verelendung zu bewahren. Und hierzu genähert die Steuerpolitik eine willkommene Gelegenheit, indem sie die Handhabe bietet, die großen Einkommen und Vermögen zur Deckung der Kriegskosten kräftig heranzuziehen und die kleinen Arbeitseinkommen nach Gebühr zu schonen.

Theoretisch findet diese Steuerpolitik sicherlich allgemeinen Beifall, weil sie dem sozialen Empfinden aller ehrlichen Leute entspricht; aber bei ihrer Verwirklichung stößt sie auf große Hindernisse, weil das Kapital seiner Natur nach steuerfurcht ist. Schon bei dem ersten Schritt in dieser Richtung, bei der Besteuerung der Kriegsgewinne, hat sich dies deutlich gezeigt. Aber den Begriff Kriegsgewinne gingen die Ansichten weit auseinander, und es wurde heftig darüber gestritten, was denn eigentlich ein Kriegsgewinn sei. Die beteiligten Kreise suchten Verwirrung zu stiften, indem sie behaupteten, es sei gar nicht möglich, zweifelloso festzustellen, ob ein gesteigertes Einkommen eine Folge des Krieges sei oder nicht. Bezeichnend für diese Verdrückungslust ist das Bemühen der Agrarier, ihre Gewinne während des Krieges, die ja nicht zu bestreiten sind, nicht als Kriegsgewinne hinzuzustellen. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ schreibt hierzu:

„Es liegt der Landwirtschaft gewiß fern, Steuerhinterziehung zu treiben. Sie wird und soll auch dem Staate geben, was des Staates ist und ihm zukommt. Sie hat aber ein Recht darauf, ebenso kaufmännisch rechnen zu dürfen wie andere Gewerbe, und sie hat sich selbst und ihren Verpächtern gegenüber die Pflicht, die durch den Liquidationsprozeß in der deutschen Volkswirtschaft aufgebrauchten und verfallenen Bestände und Vorräte wieder herzustellen und zu erneuern. Die Landwirtschaft muß daher in den Berechnungen ihrer Reingewinnzahlen untereinander zwischen Erzeugnissen, die nach Wirtschaftsjahren verkauft werden können oder verkauft werden mußten, und Betriebsmitteln, die der Landwirtschaft genommen wurden, und für die sie, um den Zustand ihrer Acker nicht dauernd herunterkommen zu lassen, aus privatwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und oft auch vertragsmäßigen Gründen später für Ersatz und Wiederherstellung sorgen muß. Diese Ausführungen widerlegen gleichzeitig die verabschiedeten herverortende Forderung, die auch schon im Reichstag vorgebracht worden ist, die Vermögenssteuern, kommenden oder bestehenden, den durch die augenblicklich höheren Einkommen angelegentlich bedingten kleineren ländlicher Grundstücke heranzuziehen. Es ist mit Sicherheit zu sagen, daß ein Zuwoachs an Vermögen und Mehrwert überhaupt nicht eingetreten ist. Die Verhältnisse haben vielmehr zu einem System gezwungen, auf das das Wort „Maubau“, ohne es anwenden zu wollen, eigentlich wiewohl eher paßt. Dieses System kann aber den Wert

landwirtschaftlicher Grundstücke sicherlich nicht erhöht haben. Es wird vielmehr langjähriger und angestrengtester Arbeit bedürfen, landwirtschaftliche Grundstücke auf den vor dem Kriege bestandenem Ertragswert zu bringen. Augenblickliche Einnahmen können an der Tatsache nichts ändern, daß die deutsche Volkswirtschaft, und in ihrem Mannkreis besonders die Landwirtschaft, einem Liquidationsprozeß unterworfen worden ist, der große Einnahmen aus der Bewertung von Betriebsmitteln gebracht hat, deren Ersatz und Wiederherstellung wahrscheinlich sehr schwierig sein werden. Diese Maßnahmen, die man Kriegsgewinne der deutschen Landwirtschaft nennen will, sind daher zum Teil nur Geld-einnahmen für verkaufte Vermögensobjekte und Betriebsmittel, deren Wiederherstellung notwendig ist und die aller Voraussicht nach nur mit schweren Opfern wieder hergestellt werden können.“

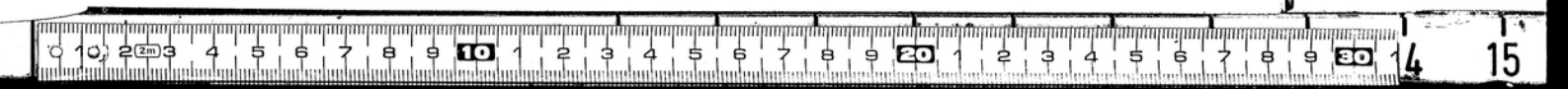
Hier haben wir ein ganz interessantes Beispiel einer kapitalistischen Drückebergerlei, und es steht fest, daß auch die Kapitalisten im Handel und in der Industrie ebenfalls nach Hintertüren suchen, um sich ihrer Steuerpflicht zu entziehen. Darum müssen die Arbeitervertreter im Reichstage auf der Hut sein, um zu verhindern, daß jene Leute, die an dem Kriege geradezu Slangen und Gold verdient haben, mit ihrem Raube entschlipfen und der großen Masse die Deckung der Kriegskosten überlassen.

### Die Verabschiedung unserer Tarifbewegung.

In der letzten Nummer des „Grundstein“ mußten wir den Bericht über den weiteren Verlauf unserer Reichskonferenz wegen Redaktionsstillstandes abbrechen. Wir wollen hier über den Schluß noch kurz berichten.

Bereits auf der Vorgesprechung des Verbandsvorstandes und der Bezirksleiter wurde die Frage aufgeworfen, ob der Verband nunmehr, nach Abschluß der Tarifverhandlungen, nicht ebenfalls gehalten sei, seinen Angehörigen eine Teuerungszulage zu gewähren. Schon hier wurde die Verneinung des Wunsches von keiner Seite bestritten, doch wies man auf die Möglichkeit hin, daß ein solcher Beschluß, wenn ihn die Konferenz fassen sollte, in den Mitgliederkreisen Unwillen hervorrufen könnte. Dabei wurde auch auf die Unzulänglichkeit der jetzigen Tagesgelder der Bezirksleiter bei Reisen hingewiesen. Die Erhöhung der Preise für Übernachtungen und Beförderung sei so groß, daß der Aufwand selbst bei sehr bescheidenen Ansprüchen mit dem Satz von M. 8 den Tag nicht bestritten werden könne.

Kollege Raepkow trug der Konferenz diese Wünsche vor und überließ ihr die Entscheidung. Die Ausprägung darüber zog sich in die Länge. Einerseits wurde die Verneinung des Wunsches angezweifelt, andererseits hielt man eine Zulage nicht für angebracht, weil sie eine ungünstige Wirkung auf die Stimmung der Mitglieder davon befechteten; die unausschließliche Debatte in den Zweigvereinen werde den Kollegen, die immer noch Vorwänden zur Kritik der Beamten suchten, neuen Stoff geben; das müsse vermieden werden, und darum sollten die angestellten Kollegen ihre Anregung zurückziehen. Andere Redner erließen in diesen Ansichten den Geist der „Arbeitgeber-Zeitung“, die ja auch unsere Forderung an den Arbeitgeberbund für unberechtigt hielt; man solle doch den Gegnern kein schlechtes Beispiel geben, indem man gegen die eigenen Angestellten den schroffen Unternehmerstandpunkt herausstößt. Wieder andere Kollegen lobten die Angeestellten, daß sie sich in dem ersten halben Jahr des Krieges eine Sondersteuer auferlegt hätten, ohne daß die Organisation dazu Stellung genommen habe. Diese Ausführungen zeitigten einen aus der Mitte der Konferenz eingegangenen Antrag, die Verbandskasse sollte den Angestellten die Beiträge ihres Gehaltes, auf die sie damals verzichtet hätten, zurückzahlen und die Angestellten sollten ihrerseits auf eine Teuerungszulage verzichten. Ein anderer Vorschlag wollte die Entscheidung über die Teuerungszulage dem Verbandsvorstande und



Beiräte zuweisen. Kollege Paepow lehnte für den Vorstand ein solches Mandat ab, da die Angehörigen dieser Körperchaften alle Angestellte seien und somit über ihre eigene Zulage beschließen müßten. So fand der oben erwähnte Vermittlungsvorschlag, den Angestellten die früher abgegebenen Gehaltsbezüge zurückzuführen, eine große Weisheit. Die Tageselder der Bezirksleiter wurden alsdann von A. 8 auf A. 10 erhöht und für einen Tag ohne Uebernahmen A. 7 zu zahlen sind. Die Tageselder für die Teilnehmer der Konferenz wurden auf den gleichen Betrag festgesetzt.

Kollege Silberstein forderte nun die Delegierten noch in kurzer, aber eindringlicher Mahnung auf, dafür zu sorgen, daß unsere Kollegen unseren eigenen Zentralarbeitsnachweis mehr als bisher beachten. Die Bedeutung des Arbeitsnachweises für uns ist allen führenden Kollegen bis in den feinsten Zweigverein hinein klar, es kommt nur darauf an, diese Erkenntnis richtig anzuwenden. Kollegen, die beispielsweise angeführt, nach Ostpreußen wollen, sollen sich den Anordnungen entsprechend beim Zweigvereinsvorstand und durch dessen Vermittlung beim Verbandsvorstand respektive dessen Zentralarbeitsnachweis melden. Das ist leider nicht immer geschehen, es sind vielmehr eine Anzahl Kollegen auf eigene Rechnung nach Ostpreußen gefahren. Und wenn dann dort diese Rechnung nicht stimmt, so schimpfen sie auf alle möglichen Einrichtungen und Personen, nur nicht auf sich selbst. Sie haben sich jedoch zunächst selbst geschädigt; denn die durch uns vermittelten Kollegen erhalten das Gehalt für die Hinreise vergütet. Auch die ohne unsere Vermittlung nach dort reisenden Kollegen erhalten, wenn sie sich melden, Fahrpreisermäßigung. Das gilt übrigens auch für die nach dem Westen reisenden Kollegen. Kollege Silberstein gab einige Anweisungen, nach denen die Zweigvereinsvorstände bei diesen Angelegenheiten verfahren sollen. Ferner machte er die Delegierten darauf aufmerksam, wie wichtig es für uns ist, daß wir am Jahresfiskus nachweisen können, wie groß unsere Vermittlung war. Er selbst muß den in Betracht kommenden Behörden nachweisen, wer die zu ermäßigten Preisen ausgegebenen Fahrscheine bekommen hat. Das kann er aber nur, wenn er aus den Zweigvereinen entsprechende Mitteilungen erhält. Zu beachten sei, daß die Zweigvereine, in deren Gebiet noch Kollegen Arbeit finden könnten, dies unserer Zentralstelle für Arbeitsvermittlung und auch dem „Grundstein“ mitteilen müßten, damit die arbeitslosen Kollegen durch Veröffentlichung auf diese offenen Stellen hingewiesen würden. In den Zweigvereinen müßten die Kollegen ihr Augenmerk auf die Gründung von paritätischen Arbeitsnachweisen richten. In der nächsten Zeit wird möglicherweise die Nachfrage nach Bauarbeiten größer werden. Sollen wir da stillschweigend zusehen, wie die Arbeiterbeschaffung vor sich geht? Soldaten und Ausländer sollen vorzugsweise exist dann herangezogen werden, wenn freie inländische Arbeiter nicht zu haben sind. Sollten wir da nicht lieber versuchen, unsere Kollegen, die Soldat sind, dazu freizubekommen? Ferner müssen die arbeitslosen Kollegen darauf hingewiesen werden, daß sie verpflichtet sind, die vermittelte Arbeit anzunehmen. Wir müssen den Arbeitsnachweis als Werkzeug zum Schutz unserer Arbeitsbedingungen benutzen.

In der hierauf folgenden Aussprache bezweifelte der Kollege Geddert-Gemnitz daß es möglich sei, genügend dienpflichtige Kollegen zu finden, die bereit seien, sich rekommieren zu lassen. Bei den zum Teil angebotenen niedrigen Löhnen von 50 und 55 - 3 pro Stunde könnten die Kollegen heute nicht bestehen, noch dazu, wenn sie nicht an ihrem Wohnort arbeiten könnten. Sie und ihre Familien würden sich dann materiell besser, wenn die Soldat blieben. Darauf erwiderte der Kollege Silberstein, daß wir zu diesen niedrigen Löhnen keine Kollegen vermitteln.

Der Kollege Abel - Düsseldorf fragte an, ob die Behauptung aus Unternehmenskreisen richtig sei, nach der unser Verbandsvorstand sich vor Beginn der Verhandlungen mit einem Schreiben an das Reichsamt des Innern gewandt habe, um eine Verlängerung des Tarifvertrages zu erreichen. Dazu erklärte der Kollege Paepow namens des Vorstandes, daß eine derartige Behauptung vollständig unmaßgeblich sei. Das möge nicht nur der Kollege Abel in seinem Zweigverein, sondern auch die Delegierten in den übrigen Zweigvereinen überall erklären, wo das Gehört aufzuheben sollte. Nach einer kurzen Schlussrede des Kollegen Paepow wurden die Verhandlungen am 5 1/2 Uhr nachmittags geschlossen.

Wenn die andern an dem Vertrage beteiligten Organisationen den neuen Vereinbarungen gleichfalls zustimmen, was die Arbeitgeber bereits am 18. Mai taten, so ist für uns mit dem Schluß der Reichskonferenz ein Abschnitt des Verbandeslebens und eine Lohnbewegung beendet, deren ganze Bedeutung vielleicht zuerst nicht von allen Kollegen erfasst wird, die sie aber in späterer Zeit gewiß voll würdigen werden. Der Vertrag ist für sie geschaffen, mögen sie ihn zu ihrem Wohle benutzen.

**Suppenweisheiten.**

Das Kapitel der theoretischen Suppenweisheiten hat sich während des Krieges zu einem großen Unfug ausgewachsen. Man kann fast keine Tageszeitung mehr in die Hand nehmen, ohne die Blide auf allerlei Koch- und Backrezepte lenken zu müssen. Die meisten der Rezepte sollen für irgendein lebendes Nahrungsmittel Ersatzmittel empfehlen, wobei dann in der Mehrzahl recht lächerliche Ergebnisse gezeitigt werden. Es kann ruhig zugegeben werden, daß sehr viele Hausfrauen eine Erweiterung ihrer Küchenkenntnisse gebrauchen können, und daß es für manche Frau in späterer Zeit nützlich sein wird, wenn sie sich jetzt an sparzamere Hauswirtschaft gewöhnen muß. Aber die meisten kriegszeitlichen Kochrezepte werden geschrieben von Leuten, die gewohnt sind in vollen auch in Friedenszeiten Schmackhans Küchenmeister war, und obwohl daher eigentlich die Rezeptkühnerei in der ungelesenen Richtung erfolgen müßte. Die spießigen Ratsschläge werden in der Regel von solchen Herren verfaßt, die sich in früheren Zeiten offensichtlich nie darum kümmerten, wie die Nahrungsmittel entstanden, die sie ihrem Körper zuführten, die aber nun in einem oder mehreren der Regionen von Kriegsaussschüssen sitzen, die uns zurzeit kummern, und die jetzt dort getreu dem Sprichwort: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, ihre Weisheit zum besten geben. Da werden dann zum Beispiel Rezepte veröffentlicht, wie man Früchte ohne Zucker einmachen kann. Nun, einige dieser Ratsschläge sind brauchbar. Einzelne jedoch die meisten von ihnen verdienen nur den Namen der Unwissenheit, aber das ist doch nichts Neues mehr. Warum gibt man nicht den Rat, sie in Spiritus einzulegen, der konzentriert noch besser. Aber wer soll das Zeug nachher essen. — Gewiss braucht man zur Spargelbereitung nicht immer beste Butter. Man kann ihn in den Fett zubereiten, das bei der Zubereitung des Fleisches ausgebraten ist. Aber bitte, wo gibt es dieses Fleisch? Und welche Arbeiterfrau kann das trotz reichlicher Ernte Kriegsprisese haltende Salatgemüse Spargel in zureichender Menge kaufen, zumal nach dem Rezept etwa 1 Pfund zur Sättigung eines Menschen ausreicht. Das gleiche gilt für ein Rezept zur Bereitung von Würstchen, wobei jede weitere Preisgabe als nur etwas selbes Hindfleisch. Was doch Fleisch, und sogar fettes. Das man heute neu sein, da die Garbellenpreise stets so beschaffen waren und jetzt erst recht sind, daß sie für ihren Haushalt nicht in Betracht kommen.

Ein merkwürdiges Stillsitzen leistete sich der Kriegsaussschuß für Kasse, Tee und deren Ersatzmittel, der die Öffentlichkeit mit einer Kundgebung beglückte, in der folgende Sätze vorkommen: „Kasse und Tee sind heute knapp in Deutschland. Das ist der richtige Zeitpunkt, um sich der guten alten Morgenluppe zu erinnern, die bei unseren Vorfahren nie fehlte durfte. Im wesentlichen aus Weizen- oder Roggenmehl hergestellt, bot sie dem Körper die Sättigung und Kräftigung, nach der er früh verlangt, und der Wohlgeschmack ließ nichts zu wünschen übrig. Jetzt wird von den ersten Sachverständigen dringend empfohlen, der Morgenluppe wieder ihren alten Ehrenplatz im deutschen Hause einzunehmen. Sie Roggen- oder Weizenluppe ist schmackhaft, herzhafte und nährhaft. Die wichtigsten Nährwerte des Getreides sind in ihr unerfährig enthalten, und wie wir uns das unentbehrliche Brot niemals überlassen können, so wissen die, die in einzelnen Gegenden Deutschlands von alter Zeit her an ihrem Morgenluppen bis zum heutigen Tage festgehalten haben, wie sehr es ihnen alle Tage von neuem munden. Es ist vielfach üblich, ein Stück Brot dazu zu essen oder auch in die Suppe zu schneiden, damit dem Magen auch etwas feste Nahrung geboten wird. Um den Geschmack zu verbessern, ist besondere feinschmecker etwas Schmittlauch, Petersilie oder Kerbel feingeschnitten hinein. In der allerersten Zeit werden von Reich wegen besondere Maßnahmen getroffen werden, um den größten in Frage kommenden Betrieben Deutschlands die Herstellung eines billigen und guten Morgenluppenlappes mit etwas Fettzutat zu ermöglichen. Man darf sicherlich erwarten, daß die meisten Kreis unseres Volkes von dieser Gelegenheit eifrig Gebrauch machen werden. „Wer lange suppt, lebt lange!“ sagt ein sehr altes Sprichwort. Und wer gleich am Morgen dem Körper einwandfreie Nährwerte in bestimmter und wohlgeschmeckter Form zuführt, schafft eine gute Grundlage für den ganzen Tag.“

Soweit der Kriegsaussschuß für Kasse usw. Mit seiner Behauptung von dem Wohlgeschmack und der Befindlichkeit einer derartigen Morgenluppe hat er recht. Auch wenn man statt Brotstücken eine ordentliche Pfanne schon knusprig in Speck gerösteter Kartoffeln dazu hat, ist beides zusammen nicht zu verachten. Wir sind bereit, zuzulangen, nur her damit. Wo können wir den Stoff empfangen, verehrt Kriegsaussschuß? Oder besteht vielleicht auch ein Kriegsaussschuß für Mehl, Getreide und Würstchen und deren Ersatzstoffe, der uns mit Ersatzrezepten für die nicht genügend vorhandenen oder unerschwinglich teuren Suppenstoffe beglücken könnte? Und wenn die Ersatzstoffe vielleicht in irgend einer Verbesserung der Qualität der Magerer ins Ausland gegangen sein sollten, was dann? Vielleicht fehlt man dann einen Kriegsaussschuß für abstrakte Rockschiff ein. Für diesen Fall empfehlen wir den Subten in Fritz Reuters Dichtung, der sich mit Kreide eine Leberwurfs auf den Tisch zeichnete, als erstes Muster. Viele Frauen betrachten die hier gefundene Methode der Rezeptveröffentlichung als eine Verhöhnung. Wir sind der Ansicht, daß die Ratgeber durchweg die menschlichen freundschaftlichen Absichten haben; aber gerade deshalb sollten sie vorher überlegen, ob die von ihnen an-

geführten Ersatzstoffe auch vorhanden sind, sonst ist ihr Rat nicht nur überflüssig, sondern sogar vom Uebel. Es gibt genug in unserm Lande noch sehr viele als Nahrungsmittel verwendbare Stoffe, gegen die Vorräte bestehen, die längst überbrunnen sein sollen. Um einige Beispiele anzuführen, wollen wir darauf hinweisen, daß es in Norddeutschland fast unmöglich ist, den Frauen begreiflich zu machen, daß man aus den jungen Waffrostetten des Schwanzhahns, aus Kettenstume genannt, einen vorzüglichen Salat und aus den Waffern der Brennnessel ein wohlgeschmeckendes Gemüse, das von vielen Leuten dem Spinat vorgezogen wird, zubereiten kann. Im vergangenen Jahre beschwerte sich ein sächsischer Kollege in einem Briefe an uns bitter darüber, daß man ihm beim Militär zumute, die sogenannten dicken oder großen Bohnen zu essen. Der gute Mann wußte nicht, daß diese Bohnen in weiten Gebieten unseres deutschen Vaterlandes geradezu ein Lieblingsgericht des Volkes sind. Also derartige Vorräte zu überwinden, ist verhältnismäßig leicht, so wird man dabei allmählich an die Geschichte jenes medienburgischen Knackes erinnert, der sich beim Vorkommen ihrer mangelhaften Essen besaß. Als der Amtmann ihn fragte, ob das Essen und Rükken ist schon Gericht sein, erwiderte er: „Pium und Rükken ist gewiß ein schön Gericht, bloß wie kriegt man nich!“

**Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.**

**Ergebnis der Feststellung vom 15. Mai.**  
Aus dem Bezirk Straßburg ist diesmal kein Bericht eingetroffen. Die 20 an dem Bericht beteiligten Bezirke hatten 825 Zweigvereine, von denen 819 Vereine mit 80 707 Mitgliedern berichteten. An dem Bericht vom 8. Mai nahmen 828 Vereine mit 80 670 Mitgliedern teil, diesmal also 9 Vereine weniger, dagegen 28 Mitglieder mehr. Am 15. Mai sind 742 Arbeitslose = 0,93 pSt. der Mitglieder gezählt worden, am vorigen Feststellungstage 881 Arbeitslose = 1,09 pSt., diesmal also weniger 139 Arbeitslose = 0,16 pSt. 14 Bezirke hatten weniger als 1 pSt. Arbeitslose, unter diesen Karlsruhe keine Arbeitslosen. Von den übrigen 6 Bezirken hatten Nürnberg 1,2, Stuttgart 1,3, Leipzig 1,4, Berlin und Hamburg 1,7 und München 3 pSt. Sarnburg ausgenommen, wo die Arbeitslosigkeit um 0,5 pSt. zunahm, zeigten alle anderen Bezirke eine Abnahme.

Arbeitslosenunterstützung erhielten 470 = 0,58 pSt. der Mitglieder. Das sind 85 oder 0,11 pSt. unterhalb der Arbeitslose weniger als in der Vorwoche.

Bezirk	Zahl der Zweigvereine	Davon haben berichtet	In den berichtenden Zweigvereinen	
			Betrag der Arbeitslosen am Schluß der abgelaufenen Woche	erhielten in der abgelaufenen Woche Arbeitslosenunterstützung
1. Königsberg	20	20	2637	—
2. Bromberg	34	34	1521	8
3. Stettin	68	68	1720	1
4. Breslau	56	56	3763	20
5. Berlin	82	82	8594	83
6. Magdeburg	89	89	6426	7
7. Erfurt	42	42	2702	5
8. Frankfurt	15	15	5437	15
9. Köln	14	14	3486	10
10. Dortmund	17	17	2356	1
11. Hannover	46	46	3298	6
12. Bremen	31	31	3171	8
13. Hamburg	78	78	5570	48
14. Düsseldorf	63	63	1887	—
15. Dresden	16	16	8424	36
16. Leipzig	81	79	9706	91
17. Nürnberg	25	25	2766	27
18. München	38	34	3353	105
19. Stuttgart	9	9	1224	7
20. Saarbrücken	16	16	2666	1
21. Straßburg	—	—	—	—
Zusammen	826	819	80707	470

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Bezirk	Männer	Frauen	Kinder	Gesamt	Männer	Frauen	Kinder	Gesamt	Unterstützung
1. Königsberg	1	—	—	1	—	—	—	—	1
2. Bromberg	5	4	—	9	—	—	—	—	10
3. Stettin	7	3	—	10	—	—	—	—	11
4. Breslau	12	4	—	16	—	—	—	—	16
5. Berlin	46	26	18	90	3	2	—	—	145
6. Magdeburg	7	7	—	14	—	—	—	—	14
7. Erfurt	8	1	—	9	—	—	—	—	10
8. Frankfurt	12	9	—	21	1	—	—	—	24
9. Köln	6	5	—	11	—	—	—	—	23
10. Dortmund	2	2	—	4	—	—	—	—	3
11. Hannover	8	2	—	10	—	—	—	—	10
12. Bremen	6	3	—	9	—	—	—	—	9
13. Hamburg	44	14	—	58	9	7	—	—	93
14. Düsseldorf	5	3	—	8	—	—	—	—	8
15. Dresden	57	18	—	75	—	—	—	—	78
16. Leipzig	101	18	—	119	6	1	—	—	139
17. Nürnberg	24	7	—	31	—	—	—	—	32
18. München	74	22	5	101	—	—	—	—	102
19. Stuttgart	6	—	—	6	—	—	—	—	16
20. Saarbrücken	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21. Straßburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	481	141	19	641	26	10	2	—	742



